



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 57 - Plenarwoche 23. - 27. April 2007

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



EVP-ED

I. Allgemeine Informationen

Auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind zur Lösung von technologischen oder anderen fachlichen Problemen und zur Fortentwicklung ihrer Produkte auf die Forschung angewiesen. Doch gerade für diese mittelständischen Unternehmen ist die Finanzierung von Forschungsprojekten mitunter besonders schwierig. Deshalb ist seitens der EU ein Förderprogramm eingerichtet worden, das früher unter der Abkürzung CRAFT (Cooperative Research Action for Technology) bekannt war. Auch im Zuge des aktuellen 7. Forschungsrahmenprogramms können die KMU nun mit Unterstützung der EU Forschungsdienstleister beauftragen, die sich ihrer jeweiligen Themen annehmen.

Das neue Rahmenprogramm bietet zudem einige bürokratische Erleichterungen, die auch den finanziell schlechter gestellten Unternehmen einen Zugang zu den Forschungszuschüssen ermöglichen sollen. So ist beispielsweise die Voraussetzung einer Bankbürgschaft für den Erhalt der Zuschusszahlungen gestrichen worden. Stattdessen wurde zur finanziellen Absicherung des Programms ein Garantiefonds eingerichtet. Des Weiteren ist die jeweilige Zuschussquote erhöht worden. Die Art der fachlichen Probleme, wegen der sich die KMU um Unterstützung bewerben können, ist nicht genau festgelegt. Das bedeutet, dass sowohl kleine und mittlere technologische Fragestellungen als auch Probleme bei der Entwicklung von Produkten oder dem Herstellungsverfahren Gegenstand der Projekte sein können. Nach Abschluss des jeweiligen Forschungsprojekts erhalten die Unternehmen die ausschließlichen geistigen Eigentumsrechte an den Ergebnissen der Auftragsforschung. Die erste Ausschreibung "Forschung für alle KMU: Alle Themengebiete - SME 2007-1" läuft bereits, Anträge können noch bis zum 4. September 2007 eingereicht werden. Interessierte Unternehmen sollten sich rechtzeitig mit der zuständigen Kontaktstelle in Deutschland in Verbindung setzen: Nationale Kontaktstelle KMU, Zenit GmbH, Herr Stefan Braun, Bismarckstr. 28, 45470 Mülheim an der Ruhr, Tel.: 0208/30004-990, Fax: 0208/30004-992, Email: kmu@zenit.de, Internet: www.nks-kmu.de.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Strafrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums

Das EP hat eine Richtlinie beschlossen, die sich mit strafrechtlichen Maßnahmen zur Durchsetzung des geistigen Eigentums beschäftigt. Ich war Berichterstatter im Rechtsausschuss für die EVP.

Nach langen Verhandlungen konnte ein zufrieden stellender Kompromiss erzielt werden. Ich hatte von Anfang an betont, dass die Richtlinie zum Ziel habe, die organisierte Kriminalität und Produktpiraterie zu bekämpfen. So wurden auf meine Initiative private Nutzer mit persönlichem und nicht-gewinnorientiertem Zweck von der Richtlinie ausgenommen. Im Zuge der Einheitlichkeit wurde eine Positivliste der geschützten Rechte des geistigen Eigentums eingeführt, zu denen u. a.

Urheberrechte, Markenrechte und Geschmacksmuster, nicht aber Patente zählen. Als Straftat gilt "jede vorsätzliche, in gewerbsmäßigem Umfang begangene Verletzung eines Rechts an geistigem Eigentum sowie die Beihilfe und tatbezogene Anstiftung". Sie kann mit Geldstrafen oder einer Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren bestraft werden.

2. Bargeldlos Zahlen soll EU-weit einfacher werden

Das EP hat den Weg für eine Reform des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der EU durchgesetzt. Im Vorfeld der Abstimmung hatten sich Vertreter von EP, Kommission und Rat auf einen Kompromiss geeinigt, der eine Verabschiedung der Richtlinie in Erster Lesung ermöglichte. Bargeldloser Zahlungsverkehr in der EU wird derzeit durch die nationalen Systeme bestimmt. Mit der Einführung eines "Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums" will die EU bargeldlose Zahlungen, wie z.B. Kreditkartennutzungen, Überweisungen oder Lastschriftverfahren, einfacher, schneller und kostengünstiger gestalten. Ab 2010 werden Bankgeschäfte über ein neues europäisches System abgewickelt, nationale und grenzüberschreitende Transaktionen sollen auf demselben Weg mit vergleichbarem Zeitaufwand durchgeführt werden. Außerdem ist u. a. vorgesehen, dass Überweisungen nur noch einen Tag in Anspruch nehmen dürfen.

3. Hochwasserschutz ist auch Sache der EU

Hochwasserschutz ist nicht allein nationale Angelegenheit, denn 80% der europäischen Flüsse fließen durch mehrere EU-Staaten. Ministerrat und Abgeordnete hatten sich im Vorfeld der Zweiten Lesung auf einen Text geeinigt, der mit großer Mehrheit vom Plenum angenommen wurde. Die Richtlinie über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken soll vor allem 3 Dinge gewährleisten: die vorausschauende Bewertung des Hochwasserrisikos, die Erstellung von Hochwasserrisikokarten und die Erstellung von Plänen für das Hochwassermanagement. Das Parlament betonte zudem den Grundsatz der Solidarität, da es eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Umgang mit Hochwasserrisiken für sehr wichtig hält.

4. Neuartige Therapien: EP stimmt für den Vorschlag der Kommission

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch in erster Lesung den Bericht meines EVP-Kollegen Mikolášik zu neuartigen Therapien angenommen. Es unterstützt damit den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über Gentherapie, Zelltherapie und Gewebeersatztherapie. Produkte für diese neuartigen Therapien sollen in Zukunft durch ein einheitliches Verfahren bei der europäischen Arzneimittelagentur in London zugelassen werden. Nach turbulenten Debatten nahmen die Abgeordneten ein so genanntes "Kompromisspaket" von Kommunisten, Sozialisten und Liberalen an, das sich im Wesentlichen auf geringe technische Veränderungen am Kommissionsvorschlag beschränkte. Wichtige Forderungen der EVP nach gemeinsamen ethischen Standards und nach Erleichterungen für den Mittelstand wurden von der Mehrheit des Plenums leider abgelehnt.

III. Weitere Themen waren

- "Aids kennt keine Grenzen"
- strenge Regeln für Waffen und "Sky-Marshals" an Bord von Flugzeugen
- nichtständiger Ausschuss zum Klimawandel eingesetzt
- Künftige EU-Beitritte erfordern tiefgreifende Reform der Kohäsionspolitik
- Drittes Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Seesicherheit

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
